

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Europapolitik

Manfred Ritzek: Oberverwaltungsgericht Lüneburg macht den Weg frei für Endlagerung von Nuklear-Abfall

Der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Manfred Ritzek, hat die heutige Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg über den Ausbau des „Schachts Konrad“ begrüßt:

„Mit der Entscheidung der Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg, die Genehmigung zum Ausbau des „Schacht Konrad“ bei Salzgitter als Endlager für schwache und mittelradioaktive nukleare Abfälle zu erteilen, ist ein wichtiger Schritt zur Endlagerung von nuklearem Abfall gemacht worden“, so Ritzek.

Damit übernehme die Generation Verantwortung für die Endlagerung nuklearer Abfälle, die durch die Nutzung der Kernkraftwerke in den Vorteil der Stromproduktion gekommen ist. „Diese Verantwortungsübernahme war und ist immer ein bedeutendes und wichtiges Anliegen der CDU/CSU zur Ausweisung von Endlagerstätten gewesen“, erklärte Ritzek.

Tonschichten von 400 bis 600 Meter Stärke und absolute Trockenheit im Innern des Schachts, in dem 1976 der Erzabbau eingestellt wurde, verhinderten im „Schacht Konrad“ nach Expertenaussagen Strahlungen nach außen sowie die Korrosion von Behältern. Etwas mehr als 300.000 Kubikmeter nuklearen Abfall aus der Verwendung in Medizin, Forschung und Kernkraftwerken könne der Schacht aufnehmen.

Fast eine Milliarde Euro seien bisher in die Erkundung des Schachtes hinsichtlich seiner sicheren Verwendbarkeit investiert worden. Nach der hoffentlich erfolgenden Zustimmung des Bundesumweltministers zum endgültigen Ausbau würden noch weitere fünf Jahre vergehen. Noch etwa zwei Milliarden Euro müssten investiert werden, um den Schacht Konrad als Endlagerstätte nutzbar zu machen.

„Mit der Gerichtsentscheidung zur Genehmigung des Ausbaus ist ein wichtiger erster Schritt im „dualen Endlagerkonzept“ gemacht worden“, erklärte Ritzek. Das nächste Ziel sei nun die baldige Entscheidung für Gorleben als Endlager für hochradioaktiven Abfall. „Auch die Verantwortung für die Entlagerung dieses kontaminierten Materials dürfen wir nicht den nächsten Generationen überlassen“, so Ritzek.